

von links, die sich mehrmals in opportunistischer Weise gegen Frei verbündete, hat nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten aufgerichtet. Vielleicht hatte man mit Freis Kandidatur auch zuviel Optimismus verknüpft. Gerade die westeuropäischen Christdemokraten hatten Frei als die Rettung des Kontinents vor den Kommunisten und Militärdiktatoren propagiert und dadurch wohl kaum erfüllbare Hoffnungen auf die christdemokratische Bewegung des Kontinents geweckt. Trotz aller Widerstände ist Chiles Aufwärtsentwicklung durch Freis Regierung gestärkt worden. Die demokratische Tradition des Landes, das sich durch Verfassungstreue und Zurückhaltung der Militärs auszeichnet, hat keine Rückschläge erlitten.

Die katholische Rechte

Alessandri und der Partido Nacional haben durchaus reale Chancen, bei der nächsten Präsidentschaftswahl sich erfolgreich durchzusetzen. Weder Tomic noch Chonchol besitzen das politische Ansehen Freis. Alessandri

Generalsekretär Blake im Nahen Osten

Während im Ökumenischen Institut zu Bossey christliche Theologen und Kirchenmänner mit zwölf Moslem-Gelehrten unter dem Vorsitz von L. Visser (Faith and Order) gemeinsame Probleme dieser Religionen im technologischen Zeitalter diskutierten und das Konzept künftiger Gespräche ausarbeiteten (öpd, 13. 3. 69), befand sich der Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, E. C. Blake, vom 1. bis 12. März auf einer Goodwillreise durch fünf Länder des Nahen Ostens. Es ist keine Ironie, wenn man sagt, daß diese kirchlicher wie politischer Verständigung dienende Unternehmung wie eine Durchführung des Konzilsdekretes über „Das Verhältnis der Kirche zu den nicht-christlichen Religionen“ anmutet. Blake machte bei dieser Gelegenheit auch die bittere Erfahrung, wie schwer es ist, die im Nahen Osten zusammenlebenden Religionen miteinander ins Gespräch zu bringen. Während des Konzils, als über das „Judendekret“ heftig gerungen wurde, wollte man das nicht recht glauben.

erfreut sich auch der Unterstützung durch eine einflußreiche Gruppe von „Rechtskatholiken“, nämlich der Anhänger der chilenischen Gesellschaft für die Verteidigung von Familie, Tradition und Privateigentum (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 515). Diese Gruppe agiert mit den Argumenten antikommunistischer Propaganda, durch die sie die Politik der Regierungspartei verteufelt. Die chilenische Hierarchie hat dieser Gruppe jede Unterstützung versagt, sie vielmehr offiziell unsachlicher und auf Bewahrung der Verhältnisse ausgerichteter Propaganda bezichtigt. Die DC ihrerseits sieht zwar in „der“ katholischen Soziallehre die ideologische Basis ihres Programms, sie muß jedoch eine enge Bindung an die Kirche meiden. Nach der Verfassung sind Staat und Kirche getrennt. Die politische Wirkung des in Lateinamerika virulenten Antiklerikalismus ist auch den christdemokratischen Parteien eine Warnung. Das schließt jedoch nicht aus, daß zahlreiche Geistliche, darunter namhafte Jesuiten, eng mit der Regierungspartei zusammenarbeiten.

Durchführung einer Uppsala-Resolution

Den religiösen Hintergrund dieser ungewöhnlichen Reise erläuterte A. Gjerding, Sekretär des Komitees „Church and Jewish People“ beim Weltkirchenrat und Teilnehmer am Dialog mit den Moslems in Bossey, in einer Analyse über „Religiöse Elemente im Nahost-Konflikt“ (in: „Evangelische Kommentare“ März 1969, S. 159 f.). Er bezieht sich darin auf eine Resolution der Vierten Vollversammlung von Uppsala 1968 zur Nahostkrise. Sie hatte auf die religiösen Elemente in diesem Konflikt hingewiesen und den Versuch ihrer Befriedung gefordert, was zur besonderen Verantwortung des Weltrates der Kirchen gehöre. In Befolgung dieser Resolution hatte Blake seine Reise geplant. Gjerding nennt folgende fünf religiösen Probleme der Nahostkrise: 1. In einer Erklärung prominenter christlicher Persönlichkeiten in den USA wird festgestellt: „Das Zentrum des Judentums ist eine unauflösbare Verbin-

dung von Volk und Land Israel.“ Wer die Existenz des Judentums anerkenne, müsse auch die unzerreißbaren Bande zum Land Israel und der Stadt Davids anerkennen. Ähnliche Erklärungen, die als eine Anerkennung des Zionismus durch die Kirchen verstanden werden könnten, liegen auch aus anderen Ländern, z. B. Holland, vor. Gjerding meint allerdings, daß die meisten religiösen Juden in der Rückkehr nach Palästina nur ein prämessianisches Ereignis, die Einsammlung der Zerstreuten, sehen. 2. Das andere religiöse Element sei die Bedeutung der sog. Heiligen Stätten für Juden, Christen wie Moslems. 3. Belastend für eine Friedensregelung sei, daß sich die verschiedenen Christen im Nahen Osten mit ihren Völkern identifizieren und daher die israelfeindlichen Araber auch politisch unterstützen. 4. Als letztes nennt er ein sittliches Prinzip: Ungerechtigkeit und Frieden schließen sich gegenseitig aus. Es müsse also den Ungerechtigkeiten gegenüber den Palästinaflüchtlingen ebenso begegnet werden wie dem Anspruch der Juden auf das Land Israel. Davon sprach auch das Protokoll des oben erwähnten Dialogs von Christen und Moslems.

Das etwa war das Programm der keineswegs improvisierten Reise von Generalsekretär Blake, der zugleich das bessere Sichkennnenlernen von Kirchenführern mit einer realistischen Friedensvermittlung verbinden wollte. In einem vor der Reise veröffentlichten Kommentar hatte es geheißt, der Ökumenische Rat verstehe sich als Werkzeug der Kirchen im Dienste der Einheit, er könne jedoch „nur dann auf die Erfüllung seines Versöhnungsauftrages hoffen, wenn es ihm gelingt, die Kirchen noch stärker in seine Arbeit einzubeziehen und für das ökumenische Engagement zu gewinnen“ (epd, 20. 2. 69). Darum stand an erster Stelle dieser Reise die Begegnung mit den führenden Persönlichkeiten von Kirchen, die dem Weltrat angehören, solchen, die ihm noch nicht angehören und auch den örtlichen Autoritäten der römisch-katholischen bzw. der katholischen Ostkirchen, darunter Patriarch P. P. Kardinal Meouchi in Beirut. Nahziel war der Ausbau der Flüchtlingshilfe bzw. der Versuch, wenigstens einem Teil der Palästinaflüchtlinge die Rückkehr in ihre Heimat

zu ermöglichen, die anderen aber in arabischen Ländern endlich seßhaft zu machen.

Vergebliche Friedensvermittlung

Ein relativ neuer Schwerpunkt war das Vorhaben, mit führenden Vertretern der islamischen und der jüdischen Glaubensgemeinschaft Kontakte aufzunehmen auf der Basis des gemeinsamen Glaubens an den einen Gott. Blake erklärte vor seiner Abreise, er gehe nicht in der „arroganten Erwartung“ in den Nahen Orient, durch seine Gespräche „unmittelbare politische Ergebnisse“ zu erzielen oder einen direkten Beitrag zur Lösung der Nahostkrise zu leisten. Aber der Weltrat der Kirchen dürfe auch nicht in einer Zuschauerstellung verharren. Die Uppsala-Resolution müsse ausgeführt werden.

Erste Station der Reise war ein dreitägiger Aufenthalt in Kairo, wo er mit drei Mitarbeitern aus Genf erschien, und zwar mit Erzpriester *G. Tsetsis*, Sekretär für orthodoxe Kirchen, *St. Samartha*, Sekretär für den Dialog mit Menschen anderen Glaubens, Pressesekretär Pfr. *W. Forker* und dem koptischen Bischof *A. Sammel* (epd, 6. 3. 69). Er besuchte die

Gottesdienste zweier orthodoxer Kirchen und die Koptisch-evangelische Gemeinde, die enge Verbindung zur Presbyterianischen Kirche in den USA unterhält, der Blake selber angehört. Er hielt ferner einen Vortrag in der islamischen Al-Azhar-Universität, die durch einen Professor auf dem oben erwähnten Treffen in Bossey vertreten war. Blake sprach aber auch mit Präsident Nasser, Außenminister Riad, dem er versicherte, daß der Ökumenische Rat zu den nichtchristlichen Religionsgemeinschaften und zu den arabischen Staaten gute Beziehungen wünsche, und mit dem Minister für islamische Angelegenheiten, Aziz Kamel (epd, 4. 3. 69).

Die zweite Station der Reise war am 4./5. März Beirut. Hier fand Blake eine verhältnismäßig freundliche Atmosphäre vor, sowohl beim Staatspräsidenten Helou wie bei den verschiedenen Kirchenführern. Er konnte sich auf die libanesischen Tradition der Toleranz berufen. Schwieriger waren die Besuche in Damaskus (Syrien), in Amman (Jordanien) und in Israel selber. Darüber gibt ein Abschluß-Interview Einzelheiten, das Generalsekretär Blake am 12. März nach Beendigung seiner Reise in London gab (epd, 13. 3. 69). Sehr

pessimistisch äußerte er sich über die Möglichkeiten einer Friedensvermittlung. Das Besorgniserregende sei, daß beide Seiten nicht bereit seien, Vermittlerdienste anzunehmen, obwohl sie wüßten, daß der Anstoß zu solchen Verhandlungen von außen kommen müsse. Die Gespräche mit den Staatsmännern waren höflich, aber negativ verlaufen. Für die örtlichen Religionsgemeinschaften, besonders die etwas isoliert lebenden Christen, war der Besuch eine Stärkung, erklärte Blake. Er hoffe auch, etwas für die jüdischen Minderheiten in den arabischen Staaten erreicht zu haben. Die neuen ägyptischen Auswanderungsvorschriften nannte er ermutigend.

In London wurden sogleich auf einem internen Treffen von Mitgliedern des Weltrates der Kirchen die Ergebnisse ausgewertet, ehe Blake nach den USA weiterflog, um die Regierung in Washington über seine Beobachtungen zu unterrichten. Im ganzen hinterläßt die Reise den Eindruck eines wohl notwendigen kirchlichen Aktivismus, dem es allerdings an Breiten- und Tiefenwirkung fehlt und der deshalb nüchtern einschätzen muß, was den mangelhaft geeinten Kirchen in dieser Welt möglich ist.

Vorgänge und Entwicklungen

Kirchliche Entwicklungshilfe auf dem Prüfstand?

Die Bemühungen um die Entwicklungshilfe befinden sich gegenwärtig in einer schwierigen Phase. Die erste Periode eines gewissen Enthusiasmus ist vorbei. Schon seit längerer Zeit breitet sich nicht nur unter jenen Bevölkerungsschichten, die in Unkenntnis der wahren Sachverhalte oder aus wirtschaftlichem oder nationalem Egoismus die Wirksamkeit und Nützlichkeit des Unternehmens bezweifeln möchten, sondern auch unter den Fachleuten Ernüchterung aus. Die Hoffnungen, die in die erste Entwicklungsdekade gesetzt wurden (1960—1970), haben sich bisher nicht annähernd erfüllt. Zwar lag die Wachstumsrate des Brutto-Sozialproduktes in den Entwicklungsländern in den Jahren 1960—1966 im Durchschnitt bei 4,9 Prozent, näherte sich also beinahe dem Planziel der ersten Dekade, das mit 5 Prozent angesetzt war. Doch variierten die Werte in einzelnen Ländern bis zu einer unteren Grenze von 2,7 Prozent. Auch stieg im gleichen Zeitraum das Durchschnitts-Pro-Kopf-Einkommen infolge der starken Bevölkerungszunahme nur um 2,3 Prozent. Der ehemalige Generalsekretär der Welthandelsorganisation *P. Prebisch* kündete bereits 1967 an, die erste

Entwicklungsdekade drohe trotz der ermutigenden Erwartungen zu ihrem Beginn zu einem Jahrzehnt der Enttäuschung zu werden. Der Ausgang der zweiten Welthandelskonferenz in Neu-Delhi im Frühjahr 1968 gab ihm recht. Ihr mageres Ergebnis, das sich im wesentlichen auf Resolutionen über Rohstoffabkommen, über die Schaffung von Präferenzsystemen im Warenverkehr zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und auf allgemeine Postulate der Finanzhilfe beschränkte, wurde von einem indischen Kommentator mit dem Hinweis kommentiert: Die Entwicklungsländer seien in der Hoffnung auf ein Festmahl an den Konferenztisch gekommen. Aber was sie bekamen, seien ein paar Brosamen gewesen (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 243).

Sehr deutlich waren damals die Grenzen des Willens zu einer durchgreifenden Entwicklungspolitik auf seiten der Geber-, aber auch die Grenzen des Willens zur Selbsthilfe auf seiten der Nehmerländer zu erkennen. Beide Seiten waren nicht frei von politischem Prestigedenken. Politische Empfindlichkeiten überlagerten die ökonomischen und sozio-kulturellen Sachprobleme. Zudem weiß man, daß